

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

119 (11.3.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Drei Baus monatl. 2,90 M
...
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise...
...
Karlruhe, Freitag, den 11. März 1932.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlruhe, Freitag, den 11. März 1932.

Eigentum und Verlag von
Hermann Thierrarier
...
Karlruhe, Freitag, den 11. März 1932.

Hindenburg an das deutsche Volk.

Der Reichspräsident über seine Kandidatur / Ein Appell zur Einigkeit.

Der Weg der Pflicht.

Berlin, 10. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichspräsident hat am Donnerstagabend über alle deutschen Sender zu den Wählern gesprochen. Es war keine Rede im eigentlichen Sinn. Das hat er von vornherein angekündigt. Es war ein Selbstbekenntnis, die Abwehr gegen persönliche Angriffe und die Rechtfertigung für ein Verhalten, das durch materielles Pflichtgefühl bestimmt worden ist. Es muß den Wählern schwer verbittert haben, daß ein Teil seiner alten Anhänger und Freunde sich in ihrer Auffassung von ihm getrennt haben. Noch mehr — das merkte man an der Erregung, die bei seinen Worten durchklang — hat es ihn verdrossen, daß Unwahrheiten und bewußte Lügen über ihn in Umlauf gebracht worden sind. Nur gegen wenige hat er sich verteidigt. Man weiß, daß es ihm nicht leicht geworden ist, den Youngplan zu unterstützen, aber er hält auch heute noch daran fest, daß dieser Entschluß richtig war, weil er eine Etappe auf dem Wege zur nationalen Freiheit bedeutete, und daß wir heute nicht so weit wären, wenn er damals dem Kate derer gefolgt wäre, die von der Unterzeichnung abrieten. Er weiß auch, daß die Notwendigkeiten eine schwere Belastung bedeuten, sie waren aber nach seiner Auffassung der einzige Weg, um eine politische Unterwerfung unter das Ausland zu verhindern. Wenn Hindenburg manches an den Notverordnungen für verbesserungsfähig hält, wenn er von der Möglichkeit einer baldigen Aenderung gesprochen hat, dann ist bei seiner ganzen Natur kein Wahlversprechen, sondern ehrliche Überzeugung. Er hat auch gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß nicht daran denke, etwa im zweiten Wahlgang zu verzichten, weil die Wahl eines Vertreters der radikalen Parteien fürchte, unter dem Volk in zwei Hälften und in den Bürgerkrieg hineintreiben zu lassen.

In ihrer Echtheit und Geradheit war diese Rede von einem tiefen, fast menschlichen Eindruck, der Ausdruck einer Natur, die sich selbst gekämpft hat und den Weg der Pflicht über die Rücksicht auf eigene Wünsche bis zu Ende zu gehen entschlossen ist. Der Reichspräsident hatte es abgelehnt, daß ihm Entwürfe zu dieser Rede vorgelegt werden. Er hat selbst aufgelegt und durchkorrigiert, genau wie er schon vor Jahren jeden Versuch einer Einmischung von Seiten der Parteien, die ihn aufgestellt hatten, ablehnte.

Durch besondere Maßnahmen ist es gelungen, die Bemühungen der Gegner der Rede erfolglos zu machen. An Versuchen dazu hat es diesmal nicht gefehlt, wenn sie sich auch darauf beschränkten

mußten, durch Rückkoppelung einzelne Teile unverständlich zu machen. Darunter litt besonders der Osten Berlins. Aber der Sender war stark genug, um sich gegen diese Störungen durchzusetzen.



Die Rundfunkrede.

Die Rundfunkrede des Reichspräsidenten von Hindenburg hatte folgenden Wortlaut:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum ersten Male die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es abstrichlich vermieden, vor parteimäßig aufgesetzten Versammlungen zu reden, und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volk gesprochen. Jetzt, wo mir zum zweiten Male die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angetragen worden ist, wollte ich mich im Wahlkampf völlig zurückhalten. Der Verlauf des Jahres hat mich aber, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und im Rundfunk zu dem gesamten deutschen Volk zu sprechen.

Denn alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich durch diese Ansprache dargetun, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten unwidersprochen zu lassen.

Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es nicht für nötig halte; mein Leben und meine Lebensarbeit sagen Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als es Worte tun können.

Wenn ich mich nach ernster Prüfung entschlossen habe, mich für eine Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich versagt, so bestünde die Gefahr, daß bei der starken Parteipartikularität, insbesondere der Uneinigkeit der Rechten, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht absehbare Erschütterungen verlegt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht. Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entschlüsselung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider manchem alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb angefeindet werden würde.

Aber ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden, als daß ich sehenden Auges unser Volk, das so viel Schmerzes in den letzten anderthalb Jahrzehnten getragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse.

Um Deutschland hier vor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen lösen soll, würde ich mein Amt im Falle meiner Wiederwahl weiterführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewußte Lügen über mich im Umlauf. Dagegen wende ich mich nun:

Es ist behauptet worden, ich hätte meine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer schwarzroten Koalition entgegengenommen. Das ist falsch. Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teil meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben. Die ersten Erwähnungen an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Diesem Vorgehen schlossen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß — unbeschadet der Parteizugehörigkeit im einzelnen — in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amte bleibe.

Kandidat einer Partei oder Parteiengruppe zu sein, habe ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe. Aber auf überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidaten einer Partei sind, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes waltend können.

Im Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwerwiegendsten heraus. Das Urteil über das mir zugefügte Unrecht überlasse ich jedem einzelnen.

In erster Linie wird mir die Unterzeichnung des Youngplans vorgehalten, durch die ich mich in einen offenen Gegensatz zu der sogenannten nationalen Front gestellt hätte. Die Unterzeichnung ist mir wahrlich nicht leicht geworden; aber ich habe sie gegeben in der Überzeugung, daß auch diese Etappe notwendig war, um zu einer neuer nationalen Freiheit zu gelangen, und ich glaube, ich habe recht gehandelt. Das Rheinland ist frei, die fremden Aufsichtsbehörden sind verschwunden. Der Youngplan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt. Ich glaube nicht, daß wir bei allen Schwierigkeiten der außerpolitischen Lage heute jenseit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterzeichnen, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich die Notverordnungen unterschrieben habe. Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlass dem deut-

Führt Brüning nach Genf?

Die kommende Auseinandersetzung mit Lardieu in der Abrüstungsfrage.

Berlin, 10. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Durch den Tod Briand und die Beilegungsforderungen, die die Dispositionen Lardieus, der schon wieder in Genf verweilt, über den Haufen geworfen worden. Es ist aber damit rechnen, daß er in der nächsten Woche persönlich an den Abrüstungsberatungen teilnimmt. An der Spitze des Programms der Auseinandersetzungen in der politischen Kommission führt die Frage der Gleichberechtigung, die naturgemäß zu werden wird, weil die Franzosen Deutschland unterschiedlich behandeln. Der Reichsfinanzminister hat alle Vorbereitungen getroffen, unter Umständen schon in der kommenden Woche nach Genf zu fahren. Er will aber dort nur erscheinen, wenn die Delegation besteht, daß auch die übrigen Ministerpräsidenten an den Beratungen teilnehmen. Die Möglichkeit ist natürlich noch gegeben, daß es zunächst nur zu einer allgemeinen und wenig detaillierten Aussprache kommt, und daß die Entscheidung erst nach der Verhandlungspause, die am 19. März beginnt, fällt. Unter Umständen wäre es natürlich besser, wenn der Kanzler erst nach dem Mai zur Abrüstungskonferenz fährt und dann die weiteren Entschlüsse wahrnimmt, die eben darin gipfeln, daß für Deutschland jede Abrüstungskonvention unannehmbar ist, wenn nicht ausdrücklich festgestellt wird, daß wir auf dem Gebiete der Abrüstung die gleichen Rechte und Freiheiten besitzen, die die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen.

Entschlüsselungen statt Laten.

Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.) Die Vertreter von 22 europäischen, 8 lateinamerikanischen und 2 anderen Staaten an der Debatte in der Generalkonferenz der außerordentlichen Vollversammlung über den chinesisch-japanischen Konflikt überwiegend durch allgemeine Forderungen zur Völkerverständigung beteiligt haben, anfangs zu dem Zweck, in seiner ungeheuren Weltbedeutung direkt Stellung zu nehmen, hat gestern und heute das Büro der außerordentlichen Vollversammlung die eingereichte Entschlüsselung in einer sechsseitigen Debatte beraten. Aus den Verhandlungen ist ein Protokoll entstanden, der heute nachmittag von den Delegierten weiterverarbeitet und morgen der Vollversammlung vorgelegt werden wird. Zunächst sind lediglich die Grundprinzipien festzustellen. Es wird davon ausgegangen, daß auch bei dem bestehenden Konflikt die für alle Völkerverständigung bestehenden Grundsätze in vollem Umfange gültig sind. Insbesondere die gegenseitigen Schutz der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit aller Mitglieder und an die Verpflichtung dieser Grundzüge folgen vier besondere Punkte. Punkt 1 ist die vom Völkerverständigung am 10. Dezember 1925 ergebene Erklärung, daß keine Verletzung der territorialen Inte-

grität und politischen Unabhängigkeit eines Mitgliedsstaates in Widerspruch des Artikels 10 von dem Völkerverständigung anerkannt werden könne. Punkt 2 weist darauf hin, daß eine Vereinfachung des gesamten vorliegenden Konfliktes unter militärischem Druck dem Völkerverständigung Punkt 3 stellt fest, daß die oben angegebenen Prinzipien der internationalen Haltung und das Verfahren bezüglich der Lösung des Konfliktes mit dem Kelloggpatte übereinstimmt, der der wesentliche Faktor für die Konstituierung des Weltfriedens ist, — unter ausdrücklicher Erwähnung des Artikels 2, worin die veritaschließenden Teile sich zur friedlichen Regelung jeden Konfliktes betonen. Punkt 4 bestätigt nochmals vorbehaltlich der späteren Entscheidung des vorliegenden Konfliktes den unbedingt verpflichtenden Charakter der oben angegebenen Grundsätze mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sämtliche Völkerverständigung Mitglieder keine Situationen anerkennen, die dem Völkerverständigung und Kelloggpatte widersprechen. Außerdem wird auf die eigene Resolution der Vollversammlung vom 4. März hingewiesen, die das Aufheben der Feindseligkeiten und den Rückzug der japanischen Streitkräfte verlangt. Ferner wird von der Bereitwilligkeit der direkt an Schanghai interessierten Mächte, als Mitglieder des Völkerverständigung zur Lösung des Konfliktes beizutragen, Kenntnis genommen mit der ausdrücklichen Bitte zur Mitarbeit an der Aufrechterhaltung der Ordnung. Außerdem soll ein Komitee von 19 Mitgliedern eingesetzt werden, das aus den Ratsmitgliedern (außer den am Konflikt Beteiligten) und den Vertretern von sechs anderen Mitgliedsstaaten bestehen wird. Das Komitee soll seine Funktionen im Namen und unter Kontrolle der Vollversammlung ausüben und so schnell wie möglich einen Bericht über das Aufheben der Feindseligkeiten und den Rückzug der japanischen Streitkräfte erstatten und der Vollversammlung Vorschläge unterbreiten. Es ist zwecklos, schon heute ein Kommentar über diese Vorentwürfe zu geben, da man erst den endgültigen Beschluß der außerordentlichen Vollversammlung abwarten muß.

Chinesische und japanische Telegramme.

U. Genf, 10. März. Die chinesische Regierung übermittelte dem Völkerverbund eine Entschlüsselung des Vollzugsausschlusses der Kommission, in der gesagt wird, daß, wenn die internationalen Verträge weiterhin nur als Papierfetzen angesehen und keine Sanktionsmaßnahmen gegen Japan ergriffen würden, alle Versuche zur Aufrechterhaltung des Friedens zu spät kämen. Ferner ist ein Telegramm des japanischen Außenministers eingegangen, der mitteilt, daß die japanische Regierung ihren Vertreter in Schanghai beauftragt habe, mit größter Beschleunigung Verhandlungen über die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten mit Unterstützung der interessierten Staaten herbeizuführen. Die japanische Regierung wolle ihre Truppen zurückziehen, sobald die Waffenstillstandsverhandlungen zu einer befriedigenden Regelung geführt hätten.

